

Die Gaza-Blockade beenden – aber wie?

Muriel Asseburg

Ende Mai 2010 erfuhr die nunmehr seit vier Jahren andauernde Blockade des Gaza-Streifens endlich, wenn auch auf tragische Art und Weise, die gebührende internationale Aufmerksamkeit. Die Blockade hat die ansässige Bevölkerung in eine katastrophale humanitäre Lage gebracht und sie vollständig von internationalen Hilfslieferungen und der Hamas abhängig gemacht. Zugleich ist es Israel nicht gelungen, die Hamas nachhaltig zu schwächen oder gar einen Regimewechsel herbeizuführen. Ebenso wenig hat Israel erreicht, den 2006 entführten Soldaten Gilad Schalit zu befreien oder den Waffenschmuggel in das Gebiet zu verhindern. Tatsächlich konnte die Hamas ihre Kontrolle weiter ausbauen. Damit hat sich die Blockade als kontraproduktiv erwiesen. Eine bloße Lockerung, wie jetzt von Israel angekündigt, oder eine temporäre Öffnung der Grenzübergänge seitens Ägyptens sind keine Lösung des Problems. Um Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und die Bevölkerung des Gaza-Streifens aus der Kollektivhaft zu befreien, müssen die Übergänge dauerhaft und verlässlich für Personen und Waren geöffnet werden. Ohne Einbindung der De-facto-Regierung in Gaza dürfte dies jedoch nicht gelingen.

Israel hatte die Blockade des Gaza-Streifens als Reaktion auf die Entführung des israelischen Soldaten Gilad Schalit im Juni 2006 verhängt und sie nach der Machtübernahme der Hamas im Juni 2007 weiter verschärft. Diese Politik ließ die Wirtschaft in dem Gebiet nahezu vollständig zusammenbrechen und führte zu einer – bis heute andauernden – humanitären Notlage. Obwohl die Gebergemeinschaft nach dem Gaza-Krieg zur Jahreswende 2008/2009 großzügige Unterstützungszusagen (in Höhe von rund 4,5 Milliarden US-Dollar) machte, hat es seither weder einen umfassenden Wiederaufbau noch eine substantielle Verbesse-

rung der sozio-ökonomischen Lage gegeben. Denn auch nach dem Ende der Kampfhandlungen hielten Israel und Ägypten die Übergänge in den Gaza-Streifen weiterhin grundsätzlich geschlossen. Abgesehen von einem Minimum an humanitärer Hilfe wurden sämtliche Ein- und Ausfahrten verhindert.

Nach Angaben der Vereinten Nationen lagen die erlaubten Einfuhren bislang weit unterhalb der Mindestanforderungen. Israel ließ insbesondere nahezu keine Baustoffe in den Gaza-Streifen und stellte willkürlich anmutende Listen von Gütern auf, die die Übergänge passieren durften. Nicht dabei

waren, neben Zement und Stahl, unter anderem Papier, Bücher und bestimmte Lebensmittel. Auch Einfuhren von Investitionsgütern und Rohstoffen sowie Ausfuhren wurden kaum zugelassen, was die export-orientierte Wirtschaft des Gaza-Streifens fast völlig zum Erliegen brachte. Stark eingeschränkt ist auch die Trinkwasser- und Energieversorgung. Stromausfälle von bis zu zwölf Stunden am Tag sind keine Seltenheit. Rund 60 Prozent der Einwohner leiden an akuter Unterversorgung mit Nahrungsmitteln. Die Bevölkerung des Gaza-Streifens ist daher in hohem Maße von der Nothilfe der internationalen Gemeinschaft und den durch die Tunnel unter der Grenze zu Ägypten eingeführten Waren abhängig.

Die Blockade und das Hamas-Regime

Zwar sollten der Krieg 2008/2009 und die Blockade in erster Linie die im Gaza-Streifen herrschende Hamas treffen. Und tatsächlich verlor deren Regierung durch Krieg und Blockade an Popularität. Dennoch ist die Rechnung Israels – vom »West Bank first«-Ansatz des Nahost-Quartetts implizit mitgetragen – nicht aufgegangen. Man setzte darauf, dass die in Kollektivhaft genommene Bevölkerung des Gaza-Streifens neidisch auf die positiven Entwicklungen in der West Bank blicken, gegen die Hamas-Regierung rebellieren und diese absetzen würde. Eingetreten ist das Gegenteil: Seit ihrer Machtübernahme im Juni 2007 konnte die Hamas ihre Herrschaft über Territorium, politische Institutionen und Gesellschaft des Gaza-Streifens weiter festigen. Zudem hat sie durch die Organisation und Besteuerung des Tunnelhandels ihre Kontrolle über die lokale Wirtschaft ausgeweitet und sich zusätzliche Einnahmequellen verschafft.

Dabei ließ der Wille zur Regimekonsolidierung zwei andere Ziele der Hamas immer stärker in den Hintergrund treten: den militärischen »Widerstand« gegen Israels faktisch andauernde Besatzungsherrschaft und die Reformagenda, mit der

Hamas bei den Wahlen 2006 angetreten war. In ihren Programmen, mit der Zustimmung zum Mekka-Abkommen vom Februar 2007 und durch Statements der Führungen in Gaza und Damaskus hat die Hamas deutlich gemacht, dass sie zu einem langfristigen Waffenstillstand mit Israel in den Grenzen von 1967 bereit ist. Darüber hinaus hat sie seit 2005 immer wieder unter Beweis gestellt, dass sie in der Lage ist, eine Waffenruhe einzuhalten, wenn diese auch von der anderen Seite respektiert wird. Nach ihrer Machtübernahme zeigte sich außerdem, dass sie eine Waffenruhe auch gegenüber anderen Gruppierungen im Gaza-Streifen weitestgehend durchsetzen kann.

Zugleich hat die Herrschaft im Gaza-Streifen – übrigens parallel zur Entwicklung in der West Bank – deutlich autoritäre Züge angenommen. Die politische Opposition wurde nahezu mundtot gemacht, in den Institutionen (Verwaltung, Schule, Justiz) in hohem Maße loyales Personal platziert. Zudem setzt die Hamas verstärkt auf eine Islamisierung von Gesetzgebung und Gesellschaft. Damit hat sie sich allerdings auf eine Gratwanderung begeben. Einerseits steht sie unter dem Druck von extremistischen Gruppierungen, welche die Herrschaft der Hamas als »unislamisch« verurteilen. Andererseits ist die – durchaus konservative – Bevölkerung des Gaza-Streifens wenig geneigt, sich das bisschen, was ihr an persönlichen Freiheiten noch verbleibt, weiter beschneiden zu lassen.

Neben der israelischen Blockade hat auch die Politik der Hamas dazu beigetragen, dass Gazas Bevölkerung zunehmend isoliert ist – von der West Bank und Jerusalem, von den arabischen Nachbarn und der übrigen Welt. Dabei bietet sich der Bevölkerung keine realistische Chance, das Regime der Hamas abzuschütteln. Deren Herrschaft verfestigt sich umso mehr, je länger die Blockade dauert; nicht von ungefähr nannte sie der Hamas-Gesundheitsminister ein »Geschenk«. Damit vertieft sich auch die Spaltung zwischen Gaza-Streifen und West Bank – ein weiterer Stolperstein auf dem Weg zu palästinensischer Eigenstaatlichkeit.

Letztlich hat sich die Blockade in mehrerlei Hinsicht als kontraproduktiv erwiesen. Auch Israels Sicherheitsinteressen dient sie nicht, da sie den Waffenschmuggel durch die Tunnel zu Ägypten nicht verhindern kann. Dies wurde nach dem Angriff auf die Gaza-Flotille im östlichen Mittelmeer Ende Mai 2010 unter anderem von der EU, dem Nahost-Quartett (USA, EU, VN, Russland) und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen festgestellt. Gleichzeitig forderte die internationale Gemeinschaft nun dringlich von Israel, seine Politik gegenüber dem Gaza-Streifen grundlegend zu ändern, so dass humanitäre Hilfe, Waren und Personen ungehindert in das Gebiet gelangen können. Wie das im Detail funktionieren soll, wurde allerdings nicht ausgeführt.

Aufhebung statt Lockerung

Unter internationalem Druck beschloss das israelische Sicherheitskabinett am 20. Juni 2010, die Blockade zu lockern, die Zahl der Lastwagenladungen, die in den Gaza-Streifen gelangen können, zu erhöhen und eine Negativliste für Einfuhren anzulegen – also eine Aufstellung von Gütern, welche die Grenze nicht passieren dürfen. Dazu sollen insbesondere Waffen und Kriegsmaterial sowie »dual use«-Güter gehören. Baumaterialien, bislang als problematisch angesehen, sollen künftig für »bewilligte« Projekte der VN oder der Ramallah-Regierung zulässig sein. Erleichtern will man zudem Ein- und Ausreisen in humanitären Fällen sowie die Arbeit der Hilfsorganisationen. Grundsätzlich aber soll die Blockade in Kraft bleiben. Dies gilt insbesondere für die Seeblockade.

Klar ist: Die nun beschlossene Zahl an Lastwagenladungen bleibt noch immer deutlich hinter den im *Agreement on Movement and Access* von 2005 festgelegten Einfuhrmengen zurück. Generell ist es keine Lösung des Problems, die Blockade lediglich zu lockern oder vorübergehend die Übergänge nach Ägypten zu öffnen. Denn es geht nicht darum, zusätzliche humanitäre Hilfe zuzulassen. Notwendig ist vielmehr,

die Kollektivstrafe gegen die Bevölkerung des Gaza-Streifens zu beenden, sie aus Abhängigkeit und Isolation zu befreien, einen umfassenden Wiederaufbau zu ermöglichen und die lokale Wirtschaft in Gang zu bringen. Dazu bedarf es aber einer dauerhaften und verlässlichen Öffnung der Grenzübergänge – nicht nur für die Einfuhr von Baumaterial und Konsumgütern, sondern auch für Rohstoffe, Ersatzteile und Exporte. Denn nur wenn auch exportiert werden kann, werden sich Investitionen in Gazas Textil-, Möbel-, Agrar- und Lebensmittelproduktion wieder lohnen. Wenn die Bevölkerung nicht mehr in so hohem Maße von Nothilfe abhängig ist, lässt sich auch die internationale Unterstützung effektiver einsetzen. Zudem sind letztlich erst dann wirksame Maßnahmen gegen den Waffenschmuggel möglich, wenn es einen geregelten Grenzverkehr gibt und der Tunnelhandel unterbunden werden kann, ohne die Versorgung der Bevölkerung und wirtschaftliche Aktivitäten im Gaza-Streifen zu gefährden.

Folgerichtig hat die EU bereits angeboten, zu einer geregelten Grenzöffnung beizutragen, indem sie ihre Monitoring-Rolle am Übergang Rafah (EUBAM Rafah) wieder aufnimmt. Die Mission wurde suspendiert, nachdem die palästinensische Einheitsregierung gescheitert war und die Hamas 2007 die Macht im Gaza-Streifen übernommen hatte. Darüber hinaus sollte die EU anbieten, eine – über das reine Monitoring hinausgehende – Kontrollfunktion bei den Warenübergängen zwischen Israel und dem Gaza-Streifen (dies betrifft in erster Linie den Übergang Karni) zu übernehmen. Nicht nur ist Israel als De-facto-Besatzungsmacht in besonderem Maße für das Wohlergehen der Bevölkerung des Gaza-Streifens verantwortlich. Die Übergänge nach Israel sind auch wichtig, um die Verbindung zwischen Gaza-Streifen und West Bank zu erhalten.

Insbesondere für die auf Europa ausgerichtete Exportwirtschaft Gazas wäre es zweckmäßig, den Wiederaufbau des dortigen Flughafens in Angriff zu nehmen, der

während der zweiten Intifada zerstört wurde. Der Seehafen sollte ausgebaut werden, damit Güterschiffe ihn überhaupt anfahren können. Mittelfristig könnte die EU dann eine Kontrollfunktion auch bei Personen und Warenlieferungen übernehmen, die per Schiff oder Flugzeug im Gaza-Streifen ankommen. Wenig sinnvoll – da teuer und die Blockade bloß verstetigend – sind hingegen derzeit in Brüssel diskutierte Vorschläge, eine ESVP-Mission zu entsenden, die die Küstengewässer überwachen und Waffenschmuggel über See verhindern soll.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Einbindung der De-facto-Regierung

Die geregelte Öffnung der Grenzübergänge wird nicht nur mit Israel, Ägypten und der Regierung in Ramallah abzustimmen sein. Es ist unumgänglich, auch die Hamas-Regierung in die Koordination einzubeziehen. Denn zum einen ist die Vorstellung unrealistisch, dass die Hamas es der Ramallah-Regierung gestatten würde, Grenzposten zu beschicken oder Aufbauprojekte durchzuführen. Zum anderen wäre ein Arrangement kaum zielführend, das allein einen Wiederaufbau durch die Vereinten Nationen zulässt. Ein solches könnte zwar dazu beitragen, die humanitäre Situation zu lindern, würde aber nicht die Hindernisse für privatwirtschaftliche Aktivitäten aus dem Weg räumen.

Sicherlich wird die Hamas versuchen, eine Aufhebung der Blockade propagandistisch für sich zu nutzen. Sie wird aber mittelfristig von der Grenzöffnung und einem Ende der Isolation der Bevölkerung kaum mehr profitieren als von der Blockade. Daher wäre es sinnvoller, mit der De-facto-Regierung im Gaza-Streifen eine zielgerichtete Kommunikation aufzunehmen, als die Kontaktsperre mit der Hamas nach und nach unkontrolliert aufzuweichen – wie dies in den letzten Jahren auch durch hochrangige deutsche Politiker bereits geschehen ist. Zwar steht die Hamas auf der EU-Liste der terroristischen Organisationen, aber dies macht den Dialog mit ihr nicht

illegal. Ziel sollte sein, die Hamas in die Verantwortung zu nehmen, damit sich die konkreten Fragen zur Beendigung der Blockade gemeinsam mit ihr und der Ramallah-Regierung klären lassen. Entsprechende Kontakte können zunächst durchaus auf nicht-offizieller Ebene erfolgen, und Deutschland muss hier keine Vorreiterrolle einnehmen. Aber eine Fortsetzung der Isolationspolitik, wie sie vom Nahost-Quartett nach den palästinensischen Wahlen 2006 festgelegt wurde, ist nicht länger sinnvoll. Sie wird ohnehin in weiten Teilen der europäischen Politik und Öffentlichkeit mittlerweile als Fehler angesehen.

Kurzfristig besteht wenig Aussicht, dass Fatah und Hamas sich auf ein neuerliches Machtteilungsarrangement einigen könnten – trotz weiterer Aussöhnungsbemühungen nach den Vorfällen im östlichen Mittelmeer. Zu divergierend sind die Interessen von Fatah und Hamas, zu konträr die Positionen der externen Akteure (dies gilt insbesondere für Israel, die USA und den Iran). Hier werden die Europäer wenig bewegen können. Auch deshalb ist es ratsam, sich zunächst auf die Grenzöffnung zu konzentrieren. Um dabei zu einer gemeinsamen palästinensischen Position zu gelangen, lässt sich auf die zumindest offiziell gleichlautende Forderung der Regierungen in Ramallah und Gaza aufbauen, die Blockade vollständig zu beenden. Erreichen kann man dieses Ziel allerdings nur dann, wenn die USA und die EU klar signalisieren, dass sie ein Arrangement akzeptieren, das auch von der Hamas mitgetragen wird.